

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Bellage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Bellage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 10. Danzig, den 4. Februar 1914. 5. Jahrgang.

Der „Arbeiterfreund“ Ziese.

III. (Schluß.)

Eine Ironie ohne Gleichen ist es, daß all das, der famoso Brief an Professor Bernhard wie dieses Protokoll, zu dem Zwecke dienen soll, Material für den Terrorismus der Gewerkschaften zu sammeln. Mag sein, daß hier und da von Arbeitern auch mal ein bißchen Zwang gegen unsozialistische Kollegen ausgeübt wird. Was will das aber besagen gegen die brutale Unterdrückung, die Ziese und seine Freunde anwenden, wo es gilt, mißliebige Personen zu vernichten. Und neben dieser Skrupellosigkeit steht die Unwahrscheinlichkeit. Man erinnere sich, daß Ziese die Notwendigkeit eines Zuchthausesgesetzes gegen die Arbeiter dem Herrn Professor Bernhard auch mit Zeitungsentwürfen plausibel machen will. Das Blatt, das für den Besitzer der Schichauwerke Zeugnis ablegen soll, führt den harmlosen Namen Elbinger Neueste Nachrichten und soll ein unabhängiges Organ sein. In Elbing pfeifen freilich die Spatzen von den Dächern, daß die „Unabhängigkeit“ dieser Zeitung durch Ziese'sches Geld verbürgt wird. Zu diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf die Tätigkeit des „Waterländischen“ Vereins im Elbing-Marienburger Wahlkreise hinzuweisen. Dem Schein nach soll dieser Verein das extreme Agrarierthum und außerdem das Zentrum und die Sozialdemokratie bekämpfen. In Wirklichkeit vertritt dieser Verein vor allem die Hausinteressen der Familien Ziese-Carlson und dann noch die der wenigen in Elbing vorhandenen Großindustriellen. Oldenburg und Baercke sorgen natürlich in allererster Linie für ihre Standesgenossen. Die Existenz der Schichaufabriken ist für die ost- und westpreussischen Junker zudem un bequem, weil die Großindustrie ihnen Arbeiter fortnimmt. Als einigendes Band zwischen den Agrariern und den Industriellen gibt es eigentlich nur den Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung. Der ist wohl stark genug, die Agrarier ein Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter fordern zu lassen, aber das allein genügt Ziese und seinen Freunden nicht. Sie wollen auch Konzessionen auf dem Gebiet der Zollpolitik, damit die Industrie möglichst viel Mehrwert abwerfe. Aus diesen Motiven heraus entstand der „Waterländische“ Verein in Elbing. Nun wird kein Mensch daran denken, von den Elbinger Industriellen den Verzicht auf die Vertretung ihrer Interessen zu verlangen. Aber der „Waterländische“ Verein hat von Anfang an mit unehrlichen Mitteln gearbeitet. Gleich zu Beginn ließ man in den Fabriken Listen zirkulieren und so ganz nebenbei deuteten verschiedene Werkmeister an, wer dem Verein nicht beitrete, werde entlassen. Dann kaufte Justizrat Stroh, ein konservativer Renegat, für die „Waterländischen“ die vor dem Bankrott stehende Altpreussische Zeitung und wurde selber „waterländisch“. Die „Altpreussische“ hatte nicht einmal 2000 Abonnenten. Nun erschien sie unter dem Namen Elbinger Neueste Nachrichten in riesigen Auflagen. Hunderttausende wurden verpulvert, um den Elbinger „waterländischen“ Geist einzutrichtern. Woher dieses Geld kam, war unschwer zu erraten, denn Geheimrat Ziese war der „Erste Vorsitzende“ der „Waterländischen“. In den Elbinger Neuesten überschütteten die „Waterländischen“ die Sozialdemokraten mit Rübeln von Unflut. Zu gleicher Zeit aber suchten sie einzelne Sozialdemokraten für Geld zu kaufen. Unsere Zeitung hat diese Dinge offenkundig nachgewiesen. Der „waterländische“ Agent Dr. Kippert, der den Genossen Radtke in Kaminko mit 150 Mark pro Monat zu kaufen trachtete, hat nie gegen die Volkswacht geklagt, obwohl die Genossen Schröder und Crispian ihn dies mehrfach nahe legten. Justizrat Stroh stellte gegen den Genossen Schröder und drei Redakteure bürgerlicher Blätter Strafantrag. Dieser Prozeß endete, nachdem er sich ein Jahr und sieben Monate hinzog, mit der Einstellung des Verfahrens. Vor Gericht war aber der Nachweis geführt worden, daß die „Waterländischen“ in ihrem Kampf sich unaufrichter Mittel bedient hatten. Erwähnt werden mag hier noch, daß der Rechtsanwalt Kueber in Elbing, der die Verteidigung Schröders übernommen hatte, einige Tage vor der Verhandlung die Vertretung niederlegte, weil er materiell ruiniert zu werden fürchtete.

Ein besonderes Kapitel der „waterländischen“ Heldentaten bildet die Reichstagswahl 1912. Ziese und seine Freunde triefen da mit einem Male vor Arbeiterfreundlichkeit, obwohl sie, wie jetzt feststeht, zu der gleichen Zeit für schwarze Listen und Zuchthausgesetz gegen die Arbeiterschaft schwärmten. Unglückseliger Weise gelang es dem Gelde Zieses und seiner Freunde, eine Anzahl indifferenter Arbeiter zu fesseln. „Waterländischer“ Fusel floß in Menge. Mit wenigen Stimmen wurde der sozialdemokratische Kandidat aus der Stichwahl gedrängt. Und nun wandten sich dieselben „Waterländischen“, die die Sozialdemokratie in schmutzigster Weise behimpft hatten, die heimlich für Zuchthausgesetz und schwarze Listen und öffentlich für das Koalitionsrecht eintreten, an die Sozialdemokraten, um Stichwahlhilfe zu erlangen. Sie verhandelten mit den sozialdemokratischen Führern und ehrenwärtlich

verpflichtete sich der Kandidat der Waterländischen, für das Streikrecht der Gewerkschaften einzutreten, falls er gewählt würde.

Die Führer der Elbinger Sozialdemokraten trauten diesem Ehrenwort nicht, weil die Abhängigkeit des Forstrates Schröder von den Elbinger Großindustriellen zu klar ersichtlich war. Sie lehnten die Stichwahlparole für Schröder ab und proklamierten Wahlenthaltung. Der Beschluß hat damals hier und da auch bei unieren Genossen Befremden erregt und einige sozialdemokratische Zeitungen waren kurzfristig genug, die Niederlage Oldenburgs gegen Schröder, die durch sozialdemokratische Wähler herbeigeführt wurde, als einen Erfolg zu feiern. Zwei kurze Jahre genügte, um die Verkehrtheit dieser Ansicht darzutun. Ob Oldenburg oder Forstrat Schröder, das ist ganz gleich. Zu erwarten haben die Arbeiter von einem wie vom andern nur Peitschenhiebe.

Aber wie war es möglich, daß sozialdemokratische Wähler entgegen der Parole ihrer Parteileitung für den Kandidaten von Zieses Gnaden stimmten? Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, daß der Name Oldenburg unter den Arbeitern verhaßt ist, wie kaum ein zweiter. Andererseits spielte wieder die „waterländische“ Taktik mit. Die Herren haben in eckelhafter Weise in den Elbinger Neuesten Nachrichten um die Arbeiterstimmen gebettelt. Man schrieb Briefe an einzelne Sozialdemokraten und bot ihnen Geld, wenn sie für die Waterländischen agitieren. (Siehe den Fall Nowak in Marienburg.) Als das alles nicht ziehen wollte, wendeten sich „waterländische“ Parteigänger brieflich an den Genossen Crispian und als der fest blieb, an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin. Auch da war natürlich nichts für den Forstrat zu holen und nun kam der Clou des Ganzen: Unmittelbar vor der Stichwahl wurde ein Flugblatt verbreitet — anonym selbstverständlich — in dem es hieß, die sozialdemokratische Partei hätte die Abstimmung freigegeben. Das war eine Lüge, indes sie erfüllte ihren Zweck, da eine Aufklärung der Wähler über den Schwindel nicht mehr möglich war.

Der Erwählte der Elbinger Industriellen sitzt nun zwei Jahre im Reichstage. Was haben die Elbinger Arbeiter bei dem Tausch gewonnen? Wir hätten gerne eine Rede vom Forstrat Schröder gebracht, der Mann ergreift jedoch nie das Wort. Seine Zunge ist auf den Reichstag nicht eingerichtet. Darum Schweigt er, wird aber für das Zuchthausgesetz stimmen, wenn es so weit sein wird. Was Ehrenwort und dergleichen Lappalien! Ziese wills, Schröder muß.

Ueber die Schichauausperrungen brauchen wir nicht viel Worte zu verlieren. Diese Kämpfe hatten noch frisch in der Erinnerung aller Arbeiter, denn sie wurden um einen Mindesttagelohn von 3 Mark für erwachsene Arbeiter geführt. Drei Mark pro Tag will der fünfzigfache Millionär seinen Arbeitern nicht zuerkennen. Derselbe Mann, dessen Freunde im Wahlkampfe ausplauderten, er habe in Rußland tausend Güter. Ob es gerade tausend oder ein Duzend weniger sind, das zu unteruchen ist nicht unsere Sache. Fest steht, daß Ziese in Rußland viel Geld in Grundbesitz angelegt hat, fest steht auch, daß Ziese in den russischen Ostprovinzen eine Werft besitzt. Diese Werft ist wohl ein Duzend mal von Ziese abgekauft. An ihrem Vorhandensein ist jedoch nicht mehr zu zweifeln. Der russische Besitz Zieses kennzeichnet die „waterländische“ Gesinnung Zieses. Warum legt er sein Geld im Ausland an? Doch wohl nur aus dem gleichen Grunde, der ihn seinerzeit seinen Wohnsitz nach Ansficht der Elbinger in Lärchwalde wählen ließ: Die Summe der Steuern wird auf diese Weise niedriger. Für die russischen Güter zahlt Ziese höchst wahrscheinlich keine Wehrsteuer. Und für die Werft bei Riga auch nicht. Was soll das aber werden, wenn Rußland und Deutschland in einen Krieg miteinander geraten? Dann baut Ziese in Elbing Torpedoboote für die Deutschen und in Riga Panzerschiffe für die Russen. Wahrlich, eine herrliche „waterländische“ Gesinnung! Alles in allem: Töricht ist der Arbeiter, der auf Herrngunst baut und nicht mit seinen Klassen-genossen an einem Strang zieht. Die Arbeiter gehören zueinander! Wie eine granitne Mauer müssen sie zu einander stehen. Von den Unternehmern haben sie nichts zu erwarten. Das Beispiel des „Arbeiterfreundes“ Ziese lehrt das mit aller Deutlichkeit.

Eine teure Staatsanleihe.

Von J. Rarski.

Die preussische Regierung hat sich entschlossen, die Anleihe, die sie zur Zeit braucht, unter besonderen Bedingungen aufzunehmen, sie schafft einen neuen Anleihetypus. Es sollen 400 Millionen Mark aufgenommen werden, wobei das Kapital mit 4 Prozent verzinst wird und dieses Kapital soll in 16 Jahresraten zurückgezahlt werden, in der Weise, daß jährlich eine Serie der Anleihepapiere durch Auslösung zur Rückzahlung bestimmt wird. Diese Rückzahlung geschieht zum Nennwert, dagegen ist der Emissionskurs 97 Prozent, der Uebnahmekurs 98 1/2 Prozent.

An der Börse hat diese Form der Anleihe hellen Jubel erweckt, was sehr natürlich ist, da für die Kapitalisten hier eine bombastischere Kapitalanlage geschaffen wird. Die Steuerzahler freilich haben allen Grund, diese neue Anleiheform recht mißtrauisch zu betrachten. Bisher kannte man in Deutschland zwei Typen von Staatsanleihen: kurzfristige Schatzanweisungen, das heißt An-

leihen, die nach einigen Monaten rückzahlen waren, zu vollem Nennwert, und reguläre Anleihen, bei denen eine Frist auf Rückzahlung nicht vorgeesehen ist. Die Schatzanweisungen sind in der Regel kein Anlagepapier für das weitere kapitalistische Publikum. Es sind sozusagen Wechsel, gegen die Banken und Geldkapitalisten dem Reiche oder den Staaten Geld vorstießen. Das Anlagepapier für die großen und kleinen Kapitalisten, die nicht speziell mit Bank- und Kreditgeschäften sich befassen, sind die Rentenscheine, die regulären Schuldscheine der Staaten, bei denen eine bestimmte Frist der Rückzahlung nicht vorgeesehen ist. Bei diesem Papier ist dem Gläubiger die Zahlung der Zinsen garantiert, diese werden alljährlich prompt ausgezahlt, dagegen ist die Rückzahlung des Kapitals in letzter Zeit recht problematisch geworden. Nicht etwa, daß man befürchten mußte, das Deutsche Reich oder einer der Bundesstaaten würde demnächst den Bankrott annehmen, seine Zahlungen einstellen. Diese Gefahr besteht nicht. Aber es handelt sich darum, daß der Kurs, der Börsenpreis dieser Schuldscheine, seit Jahren beständig sinkt. Da sind zum Beispiel die 4prozentigen Reichsanleihen; im Jahre 1898 war der Kurs durchschnittlich 95,5 für 100, jetzt ist er bis auf 75 gesunken. Das heißt: wer 1898 Reichsanleihe des Reiches im Nennwert von 1000 Mark kaufte, mußte dafür in bar 955 Mark, hat er die Papiere bisher behalten und jetzt gezwungen, sie zu verkaufen, so erhält er dafür nur 755 Mark, er hat 245 Mark von seinem Kapital verloren. Diese Verluste haben die Kapitalisten gegen neue Staatsanleihen stuhlig gemacht und deshalb hat jetzt die preussische Regierung zu dem neuen Typ gegriffen.

Bei diesen neuen Schuldverschreibungen, die als Schatzanweisungen bezeichnet werden (sehr zu Unrecht, denn Papiere, die zum Teil 16 Jahre lang im Umlauf bleiben, sind keine „Anweisungen“), ist dieses Risiko freilich ausgeschlossen. Da nämlich der Staat verpflichtet ist, alljährlich für 25 Millionen Mark Scheine zum vollen Nennwert, also 100 für 100, zurückzukaufen, kann der Kurs nicht fallen. Und da die Kapitalisten die Papiere nicht zum vollen Nennwert zu bezahlen brauchen, sondern nur 97 für 100, so machen sie ein glänzendes Geschäft; sie erhalten vier Prozent Zinsen und außerdem auch noch bei der Rückzahlung 100 Mark für einen Schein, für den sie 97 zahlen. Dieser Gewinn verteilt sich allerdings verschieden: wird der Schein schon nach einem Jahre zur Rückzahlung ausgelöst, so sind 3 Prozent in einem Jahre gewonnen, das Kapital verzinst sich mit 7 Prozent (4 Prozent und 3 Prozent Gewinn); wird der Schein erst nach 16 Jahren ausgelöst, so ist der Gewinn nur 1/16 Prozent im Jahre. So fördert die preussische Regierung die Geldleute, indem sie dem Papierchen den Charakter eines Spielobjekts verleiht, ein Mittel, zu dem bisher nur Staaten vom Range der Türkei gegriffen haben. Und wie stellt sich die Sache für den Staat? Er verpflichtet sich, im Laufe von 16 Jahren eine Schuld von 400 Millionen zurückzuzahlen, aber er erhält für die Scheine nur 98 1/2 für 100 (97 für 100 zahlen die Gläubiger, 1 1/2 Prozent streichen die Banken ein), das heißt der Staat erhält nicht 400, sondern nur 385 Millionen, er zahlt den Kapitalisten 4 Prozent Zinsen und schenkt ihnen obendrein 15 Millionen. In Wirklichkeit verzinst der Staat das Kapital mit nahezu 4 1/2 Prozent. Aufzukommen haben aber für diese Zinsen natürlich die Steuerzahler, in erster Linie die arbeitenden Klassen. Der Jubel der Börse ist also sehr begreiflich, der neue Typ der Anleihe eröffnet herrliche Perspektiven, verheißt weitere Steigerung des Tributs, den die Kapitalistenklasse in Form der Zinsen auf die Staatsschuld aus dem Arbeitsprodukt der Massen einheimelt.

Nun hat die preussische Regierung nicht aus freien Stücken einen so hohen Zinssfuß bewilligt, sondern sie war gezwungen es zu tun, weil sie billigeren Kredit nicht bekommt. Warum aber ist der Kredit verteuert worden? Zum Teil liegt das an dem geringeren Vertrauen zu der Kreditfähigkeit Deutschlands. Ausländisches Kapital ist für deutsche Staatsanleihen überhaupt nicht zu haben, und die deutschen Geldverleiher beherrschen die Lage. Aber darüber hinaus ist das Sinken des Kurses der Staatsrentenpapiere eine internationale Erscheinung und bedeutet ein allgemeines Steigen des Zinssfußes. Weil der Geldverleiher leicht und gut ohne Risiko 4 1/2 bis 5 Prozent Zinsen auf sein Kapital haben kann, kauft er Staatspapiere erst dann, wenn der Kurs so niedrig ist, daß die gleiche Verzinsung sich ergibt. Dieses Steigen des Zinssfußes aber ist nur eine Nebenerscheinung der steigenden Profitrate. Indem die Kapitalisten durch Schutzzölle, Kartelle, Trusts, die Preise in die Höhe treiben, gelingt es ihnen, die Profitrate zu steigern, das heißt zur Steigerung des Zinssfußes auf das Leihkapital, denn dieser ist umso höher, je größer die Chance, durch Anwendung von Leihkapital Profit einzufangen. Es kommt hinzu, daß die imperialistische Beherrschung fremder Länder die Möglichkeit schafft, in diesen Ländern Kapital zu Wucherzinsen anzulegen und die Herren Kapitalisten dann dem sieben Waterlande möglichst die gleichen Zinsen abzuhökeln zu sehen.

Die kapitalistische Maschine wirkt in der Tat mit wunderbarer Präzision: die gesamte Wirtschaftspolitik ist darauf angelegt, den Warenwucher zu fördern; die Wespolitik, die immer neue Gebiete der kapitalistischen Ausbeutung erschließt, schafft neue Anlagemöglichkeiten für das Kapital; der Militarismus sichert ebenfalls hohe Profite. Und weil auf solche Weise die Profitrate in die Höhe gedrückt wird, muß schließlich auch der Staat höhere Zinsen für seine Anleihen bewilligen, wobei er die Mittel dazu den arbeitenden Massen erpreßt. So wird unaufhaltsam der Grad der Ausbeutung erhöht.

Politische Übersicht. Schmierereien.

Dieser Tage wurde in Moabit vorm Landgericht 3 ein Prozeß verhandelt. Als Angeklagter stand vor dem Gericht ein simpler Stenotypist namens Karl Richter, der der Verurteilung beschuldigt war. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand jedoch die Welf-firma Siemens-Schuckert, bei deren Tochtergesellschaft in Tokio der Angeklagte bis vor einiger Zeit in Diensten stand.

Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 4. Woche vom 18. bis 24. Januar 1914.

Geburten der Vormoche:

	lebend	tot	überh.
männlich	61	—	61
weiblich	53	—	53
zusammen	114	—	114
unter uneheliche	20	—	20
geborenen	—	—	—
0 Fälle mit	—	—	—

Die unehelichen Geburten sind 17,5% die Totgeburten 0,0% der Gesamtzahl.

Zahl der Eheschließungen: 12.
Sterbefälle (ohne Totgeburten):

1. Kindbettfieber	1	—
2. Scharlach	1	—
3. Masern und Röteln	—	—
4. Diphtherie und Krupp	1	—
5. Keuchhusten	1	1
6. Typhus	1	—
7. Tuberkulose	8	—
7a. Krebs	4	—
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	11	3
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	1	1
10. Gewalttätiger Tod	1	—
11. Alle übrigen Todesursachen	32	9
zusammen	62	14
darunter: männlich	38	7
weiblich	24	7

darunter: männlich 38 weiblich 24

Meldungen von Infektionskrankheiten: (Eingeklammerte Zahlen bedeuten außerhalb Danzigs Erkrankte und nach Danzig übergeführt.) Scharlach 14 (2), Diphtherie und Krupp 6, Unterleibstypus 2, Kindbettfieber 1, Granulose 6 (2).

Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1521, davon aus Russland 8, England 5, Belgien 5, Österreich 2, Schweiz 2, Schweden, Holland, Italien und Dänemark je 1.

Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	überhaupt	darunter einzelstehende Personen männl.	weibl.
umgezogene innerhalb der Stadt	251	239	490	169	138
umgezogene von auswärts	213	184	397	188	146
fortgezogene nach auswärts	199	181	380	166	145

Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet
betrug die Zahl d. Geborenen einschl. Totgeburt. 32,5 (Vormoche 29,7)
betrug die Zahl d. Sterbefälle einschl. Totgeburt. 17,7 (Vormoche 16,8)
betrug die Zahl der Eheschließungen 3,4 (Vormoche 4,0).

Wegen Lohnunterschieden ist der Betrieb J. Janzen, Kohlenengroschäft, für alle organisierten Transportarbeiter gesperrt. Das Nähere teilt der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Mitgliedschaft Danzig, Brechtgasse 74 mit.

Neue Sondervorstellung des Bildungs-Ausschusses. Für die Sonntage, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Wilhelmstheater vorgeführte Sondervorstellung ist nun das aufzuführende Stück festgelegt. Es gelangt von der hier zum Gastspiel anwesenden oberbayerischen Bauerntheater-Truppe „Die Tegernseer“ das Volksstück **Jägerblut** zur Darstellung. Mit dieser Wahl hat der Bildungsausschuss den vielfach an ihn herangetretenen Wünschen Rechnung getragen, einen populären Stoff mit auch

etwas humoristischen Einschlag zu berücksichtigen. Auch Freunde musikalischer Genüsse werden auf ihre Rechnung kommen. Die Darstellung wird nicht nur durch ein Orchester begleitet, auch auf der Bühne gibt es Zithervorträge und dergleichen.

Auf dem Kohlenmarkt überfuhr ein Wagen das Lötchertchen eines Lehrers aus Langfuhr. Die Kleine wurde zum Glück nicht allzuschwer verletzt.

Das Kriegsgericht verurteilte den Musketier Thaler vom Danziger Infanterie-Regiment Nr. 28 wegen Ungehorsams vor versammelter Mannschaft, ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung und Beharrens im Ungehorsam zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr.

Ein unbekannter Mann wurde verhaftet, als er in der Fleischergasse ein falsches Einmarkstück in Zahlung geben wollte.

Elbing-Marienburg.
Ueber den Rogatabschluss

teilt die Regierung dem preussischen Abgeordnetenhaus in einer Denkschrift über die Arbeiten vom 1. April 1911 bis 31. März 1913 folgendes mit:

Die geplanten Maßnahmen sollen die fruchtbaren Rogatniederungen gegen die Gefahren des Weichselhochwassers und des Eisganges schützen. In Verbindung damit wird die Rogat durch den Bau von drei Staustufen und einer Schleusenanlage für 400-Tons-Schiffe tanalisiert. Die Kosten für das Gesamtunternehmen mit allen Nebenanlagen betragen 18 106 000 Mark, als Bauzeit sind fünf Jahre in Aussicht genommen.

Die Erweiterung der Dirschauer Eisenbahnbrücke und die Umgestaltung der anschließenden Staatsbahnanlagen wird von der Eisenbahnverwaltung zu Lasten des Rogatabschlussfonds ausgeführt; das gleiche gilt für die Verlängerung der Straßenbrücke; die übrigen baulichen Maßnahmen an der Weichsel und Rogat werden von der Wasserbauverwaltung durchgeführt. Bauherren sind jedoch für alle Arbeiten, mit Ausnahme der Befestigung der Deichenge bei Viechau, die Deichverbände der Marienburger, Elbinger und Einlager Nieberung und der Zeyers Border- und Niederlampen. Zu den Kosten der Rogatabschlussarbeiten leisten sie einen Beitrag von 3 496 686 Mark.

Im Jahre 1911 sind die ausführlichen Entwürfe bearbeitet und zur landespolizeilichen Prüfung ausgelegt. Mit dem Grundenerwerb und mit der Verdingung der Bauausführungen wurde begonnen. Die Eisenbahnverwaltung baute zwei Wegeunterführungen für die umzuliegenden Betriebsgeleise der Strecke Dirschau-Marienburg und begann mit der Ausführung der neuen Pfeiler für die Eisenbahnbrücke und mit der Aufstellung der eisernen Ueberbauten.

Im Jahre 1912 konnte die Eisenbahnbrücke dem Betrieb übergeben werden. Mit der Herstellung der Pfeiler für die Straßenbrücke wurde begonnen. Die Strombauverwaltung nahm die Abgrabung der Vorländer im Viehauer Auhendeich und die Verlegung des Deiches, der Straßen sowie der Kleinbahn in Angriff. Alle Maßnahmen zur Befestigung der Deichenge bei Viechau konnten jedoch in der Berichtszeit wegen der langwierigen Grunderwerbsverhandlungen nicht beendet werden.

Mit der Schüttung des neuen Stromdeiches unterhalb der Abzweigung des Weichsel-Rogat-Kanals sowie mit der Verstärkung

des Marienwerderschen und des Falkenauer Deiches wurde begonnen. Für das Einlassbauwerk bei Montauersöhe waren am Ende der Berichtszeit die Spundwände teilweise geschlagen und der größte Teil des Bodens ausgehoben. Mit dem Einbau der Grundwasserentfernungsanlage war begonnen.

In der Rogat wurden für die Schleusen bei Schönau und Neuhofsterbusch die Spundwände gerammt und nach Aushub der Baugruben die Schleusenbohlen hergestellt.

Vorausgibt sind im Rechnungsjahre 1911 rund 914 000 Mk.; im Jahre 1912 betrug die Gesamtausgabe 4 196 196 Mark.

Die Haffuferbahn überfuhr am Freitag Abend bei Dornbusch das Fuhrwerk des Käsebesizers Wüthrich aus Terranova. Der Wagen wurde zertrümmert, ein Pferd eine Strecke mitgeschleift und getötet. Der Kutscher und das andere Pferd blieben unverletzt.

In Augustwalde brannte das Gehöft der Frau Schwart nieder. 19 Stück Vieh und 10 Kälber sind dabei mitverbraunt.

Erhängt hat sich in Ellerwald, 1. Trift, die Frau des Arbeiters Hantenberg.

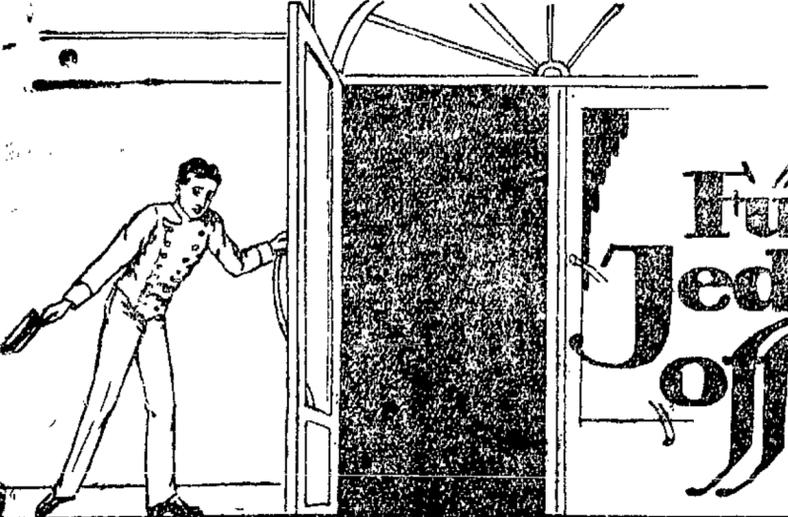
Danzig-Land.

Eine Mitgliederversammlung der Partei hielten die Genossen von Lehkauerweide ab. Der Bezirksführer rügte den schlechten Versammlungsbesuch im Berichtsjahre. Die Entwicklung der Bewegung hatte darunter nicht unwesentlich zu leiden. Die letzten Versammlungen waren gut besucht. Auch die Mitgliederzahl hielt sich auf der alten Höhe. Ein Beweis dafür, daß der sozialdemokratische Gedanke hier feste Wurzeln gefaßt hat. Dann wurde beschlossen, in nächster Zeit Wählerversammlungen zur Gemeindevertreterwahl in Prinzlaff und in Lehkauerweide abzuhalten. Für Niekelswalde soll eine neue Gruppe gebildet werden, damit dort mehr getan wird. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wieder gewählt. Die Mitgliederversammlungen sollen künftig alle zwei Monate stattfinden. Ueber den Kaufmann Hochdörfer aus Käsemarkt, der hier durch Hausieren seine Waren feilbietet und der dem Vorstand des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angehört, wurde der Vorhott verhängt.

Stuhm-Marienwerder.

Das sind doch einmal billige Preise. Der Vorsitzende des Versicherungsamtes in Marienwerder erläßt folgende Bekanntmachung: Gemäß Paragraph 160 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 wird der Wert der Kost, wie sie üblich Arbeitern, Handwerkergehilfen, Waschfrauen, Aufwärterinnen, Dienstboten usw. gewährt wird, einheitlich wie folgt festgesetzt: 1. Morgenkaffee 7 1/2 Pfennig, 2. Zweites Frühstück 10 Pfennig, 3. Mittagbrot 30 Pfennig, 4. Nachmittagskaffee 7 1/2 Pfennig, 5. Abendbrot 15 Pfennig.

Recht billig ist diese Festsetzung wohl. Ob aber auch recht und billig? Das zu entscheiden, vermaßen wir uns nicht. Aber bei den hohen Lebensmittelpreisen ein Mittagessen für 30 Pfennige und ein Abendbrot für 15 Pfennige liefern, wird nicht jede Herrschaft und jeder Handwerksmeister fertig bekommen. 4,90 Mark pro Woche für Essen — die Sache sollte sich der Herr Vorsitzende lieber noch einmal überlegen.



Für Jedermann offen!

ist **Theodor Werner's**
Inventur-Räumungs-Verkauf

Auf einzelne Paare und Größen

Ermässigung bis

50 + 60 %

ist absolut nichts Seltenes. Unsere Geschäfte stehen jedermann zur Orientierung offen und bitten wir um zwanglosen Besuch.

Extra-Ausverkaufs-Angebote

Ein Posten
Damen-Schuhe u. -Stiefel
jetzt 3.90 4.90 5.90 6.90

Ein Posten
Damen-Einsatzschuhe
5.90 6.50

Ein Posten
Herren-Stiefel
jetzt 6.75 7.90 10.50 11.25

Ein Posten
Herren-Lederstiefel
mit Holzsohlen für Straßenbahn-Schaffner
1.45 2.25

Theodor Werner
Zentrale Große Wollwebergasse 2-3.

Zwei verkörte in Dohfen ein von fünf Familien bewohntes
Innhaus. Die Leute konnten nur sehr wenig von ihrem Hausrat
haben. Drei Familien sind gar nicht, die beiden andern nur gering
versichert.

Graudenz-Strasburg.

Der Tod des Streckenarbeiters. Der Personenzug Thorn-
Marienburg überfuhr bei Graudenz am Montag Vormittag den
Streckenarbeiter Hinkelmann. Der Verunglückte starb auf der
Stelle.

Selbstmord durch Erschießen verübte in Graudenz der Stadt-
rat Mertins. Andauernde Krankheit wird als Motiv der Tat
genannt.

Thorn-Kulm-Briefen.

Zum Tode verurteilt. Der Schiffer Josef Straspiewicz
von der vierten Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 61 ist
vom Kriegsgericht der 35. Division in Thorn wegen Raubmordes
in zwei Fällen zweimal zum Tode, wegen Fahnenflucht, Straßen-
raubs, mehrerer Diebstähle zu acht Jahren Zuchthaus, Entfernung
aus dem Heere und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt
worden.

Einem Raubanschlag fiel in Thorn in der hohen Straße die
Frau eines Tischlers zum Opfer. Ein junger Mensch schlug der
Ueberraschten ins Gesicht und entriß ihr dann die Handtasche mit
dem Portemonnaie.

Dirschau-Berent-Pr.-Stargard.

Bei dem Versuch eines Stillschleissverbrechens wurde in Dir-
schau der Fleischergeselle Möller verhaftet.

In der Feste erkrankt der acht Jahre alte Sohn des Arbeiters
Kroner aus Pr.-Stargard.

Kinderelend.

(Nach photographischen Aufnahmen in der Hilfskassa.)

Ella und Wilhelm Bauer, warum wart ihr gestern nicht in
der Schule?"

„Wir haben den ganzen Tag verschlafen.“

„Wie?"

„Ella Bauer: Die Mutter hat uns um halb 7 Uhr aus dem
Bett getrieben, hat uns fertig gemacht und uns Kaffee und Brot
gegeben. Es war dunkel, da ist die Mutter schon fortgegangen
zum Schaffen. Da hab ich zum Wilhelm gesagt: Es ist noch so früh
zum Fortgehen, wir legen uns noch e' bissel hin. Wir wollten uns
ins Bett legen, aber die Schlafstube war geschlossen und die Mutter
hat den Schlüssel mitgenommen gehabt. Ich hab mich auf die
Bank gelegt, der Wilhelm hat zwei Stühle zusammengedrückt und
hat sich drauf gelegt und mein ganz kleiner Bruder hat sich auf

den Boden gelegt. Dann haben wir alle drei geschlafen. Wie
wir aufgewacht sind, war es ganz hell und arg kalt. Wir sind hin-
auf zur Frau U. Die hat sich gewundert und hat gesagt: Ihr
Schloßköpp, es ist schon halb 12 Uhr! Sie hat uns Brot gegeben
und um 12 Uhr sind wir wieder hinuntergegangen, weil wir ge-
meint haben, die Mutter käme. Die Mutter ist aber nicht heim-
gekommen. Wir haben lange gewartet. Weil es in der Küche
so kalt war und weil wir Hunger gehabt haben, sind wir wieder
hinauf zur Frau U. Wir haben aber nicht das Herz gehabt, etwas
zu sagen. Wir sind droben geblieben bis 4 Uhr. Dann ist die
Frau fortgegangen Zeitungen tragen und hat gesagt, wir sollen
heut wieder in unsere Stube gehen. Dort haben wir noch ein Bissel
Brot gegessen. Das hab ich verteilt. Wie es ganz dunkel war,
sind wir noch einmal hinauf zu der Frau U. Die hat uns dann
Suppe gegeben. Ganz spät ist unsere Mutter gekommen und hat
Brot mitgebracht und Kohlen. Dann hat sie gekocht, Weisbrü-
brei. Das hat uns aber geschmeckt, Herr Lehrer! Heut' kriegen
wir noch einmal davon.“

II.

„Warum habt ihr die Schule gestern wieder nicht besucht,
Ella Bauer?"

„Wir haben nichts zu essen gehabt.“

„Hast du heute schon was gegessen?"

„Mein.“ (Allgemeine Bewegung unter den Kindern.) Der
Lehrer geht an den Schulschrank, um sein Frühstück herauszuholen
und es dem Mädchen zu geben. Unterdessen haben sich schon die
Nachbarn des Kindes beiläufig, diesem Essen anzubieten, und fast
jedes Kind in der Klasse — drei von den vierundzwanzig Kindern
haben allerdings nichts Eßbares bei sich — steuert etwas bei, so daß
bald vor dem trübenden Auge des Mädchens ein kleiner Hügel
von Eßwaren sich hebt: Brot und Wecke, Äpfel und Nüsse.

„Dein Bruder fehlt auch heute?"

„Der muß im Bett liegen bleiben, da braucht er nichts zu
essen.“

„Was habt ihr vorgestern gegessen?"

„Morgens nichts, mittags Kartoffelsuppe, abends schwarzen
Kaffee und Brot.“

„Was die Kinder dir heute gegeben haben, kannst du gar nicht
auf einmal essen. Was machst du da?"

„Da bring ich das übrige meinen zwei kleinen Brüdern um
11 Uhr.“

„So trage es doch gleich heim!"

Ein Freudenstrahl huschte über das blasse hohläugige Ge-
sichtchen des zehnjährigen Mädchens. Aber dann zweifelt es wieder,
ob es denn der Herr Lehrer ernst meint mit dem Heimgehen. Hat
doch die Kleine trotz ihrer Jugend schon so viele bittere Enttäuschun-
gen erlebt. Es ist irre geworden an dem Vater, der die Familie
vor kurzem verlassen hat, irre geworden an der Mutter, die wegen
Konkubinat nächstens acht Tage ins Gefängnis muß — (das Mäd-
chen sagte der Banknachbarin, die Mutter müßte acht Tage ins
„Rittchen"). Der Lehrer versucht es ihm auszureden: Die
Mutter werde wohl das Gefängnis in Frankenthal putzen
helfen und könne nicht jeden Abend heimfahren. Da belehrt
ihn das Kind: „Da brauchste sie doch nicht zu heulen. Die
Leute haben sie schlecht gemacht und Maiters haben gesagt, sie tut

huren gehen und . . . usw.“ Irre geworden war das Mäd-
chen auch für kurze Zeit an seinem früheren Lehrer, der ungeschul-
tete wegen Stillschleissvergehen, die er in der Schulklasse began-
gen hatte, verhaftet worden war. Die Nachricht von dessen Ge-
lassung wirkte auf das Kind, das inzwischen nach Ludwigs-
verzoogen und in meine Klasse gekommen war, wie Befreiung
einem bösen Alpdruck. Es hatte selbst nichts Unanständiges in
Schule gesehen, an die dem Lehrer angebliebenen Verfehlungen
doch geglaubt.

Arme Kindesseele in einem ausgehungerten widerstands-
fähigen Körperchen! Was wird dir alles noch bevorstehen? —
(Aus der Bayerischen Lehrerschaft)

Humor und Satire.

Sonderbar. Ein Professor, in einen Friseurladen treten
Professor: hm, ich wollte — ich wollte — hm, was wollte
ich heute? — ich habe rein darauf vergessen. — Friseur: Welche
wollten Sie sich die Haare schneiden lassen, Herr Professor?
Professor: Richtig, ja, das wollte ich — aber, sagen Sie mir
mein Bester, wie sonderbar — wie sind Sie nur dar-
gekommen?



Erstklassig!
**Unsere
"Marine"**
Beste 2 Pfg
Cigarette

Am 1. Februar, vormittags ist im Städtischen Krankenhause
unser Krankenkontrolleur

Wilhelm Stiemer

im besten Mannesalter von 41 Jahren gestorben.
Als früherer stellvertretender Vorsigender und dann Kon-
trollleur unserer Kasse war er uns stets ein gewissenhafter und
pflichttreuer Mitarbeiter.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten. [641]

Der Vorstand
der Kranken- und Sterbekasse „Die treue Selbsthilfe“.

Adolf Bartel, Vorsitzender. Otto Spill, stellv. Vorsitzender.

Bauhändlerverein
Danzig.

Nachruf.

Am 1. d. Mts. verstarb
unser Mitglied

Wilhelm Stiemer

Die Beerdigung findet
Mittwoch, um 3 Uhr, vom
städtischen Lazarett nach
dem freireligiösen Kirch-
hof statt.
Um zahlreiche Beteili-
gung bittet

Der Vorsitzende.

Sozialdemokratischer Verein Elbing.

Donnerstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1914. 2. Vortrag des Genossin
Baude. 3. Parteiangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Parteileitung

Donium-Verein
für Graudenz und
Umgegend.
e. B. m. b. S.

Dienstag, den 10. Februar,
abends 8 Uhr, findet im „Gol-
denen Anker“ die im § 30
Abs. 2 vorgesehene

ordil. Vierteljahres- Generalversammlung

statt. Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht über das ab-
gelaufene Vierteljahr.
2. Kassenbericht.
3. Wahl eines Mitgliederaus-
schusses.
4. Verschiedenes.
Die Genossen werden hierzu
eingeladen. Vollzähliges Er-
scheinen der Genossen erforderlich.
Der Aufsichtsrat.
S. Pullwitt, Vorsitzender.

Sonntag vormittags 11 1/2 Uhr entschlief nach langem
Leiden mein innigstgeliebter, herzerguter Mann, unser
lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Krankenkontrolleur [645]

Wilhelm Stiemer.

Um 10 Uhr Beerdigung
die trauernde Gattin nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Februar,
nachmittags 3 Uhr, vom städtischen Krankenhause aus
nach dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde statt.

Verband der Glasarbeiter. Zahlstelle Danzig.

Nachruf.

Am Sonntag, den 1. Februar, starb der langjährige
Leiter unserer Organisation, der

Krankenkontrolleur

Wilhelm Stiemer.

Der Verstorbene hat lange Jahre die Geschäfte
unserer Organisation in selbstloser Weise geführt.
Seine Tätigkeit wird bei allen Kollegen in dankbarer
Erinnerung bleiben.

Der Vorstand. [648]

Central-Theater

Elbing, nur Brückstr. 15

Man versäume nicht
das neue Programm!

Das Geheimnis der schwarzen Maske.

Großer Sittenroman in 3 Akten
Das spannendste, das man sich
denken kann.

Der gute Pfarrer. Komödie
Wie Max englisch spricht
Großer Max Linder-Schlager.
Johanns Landkur.
Willi lernt Kaufmann.
Es riecht nach Zwiebeln.
Die Hundsfreunde.
Dazu reizende Einlagen
Die Direktion

Verband der Maler. Filiale Danzig.

Sonntag, den 1. Februar, verstarb nach langem
Leiden mein innigstgeliebter, herzerguter Mann, unser
lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Krankenkontrolleur

Wilhelm Stiemer

im Alter von 41 Jahren.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen eifrigen,
selbstlosen Mitkämpfer. [648]

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Februar,
nachmittags 3 Uhr, vom städtischen Krankenhause aus
nach dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde statt.

Der Vorstand der sozialdemokratischen
Partei Danzig-Stadt.

Am Sonntag, den 1. Februar, starb unser lang-
jähriger Parteigenosse, der

Krankenkontrolleur

Wilhelm Stiemer

im Alter von 41 Jahren.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen eifrigen,
selbstlosen Mitkämpfer. [648]

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Februar,
nachmittags 3 Uhr, vom städtischen Krankenhause aus
nach dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde statt.

Der Vorstand der sozialdemokratischen
Partei Danzig-Stadt.

Marienwerder.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Marienwerder.

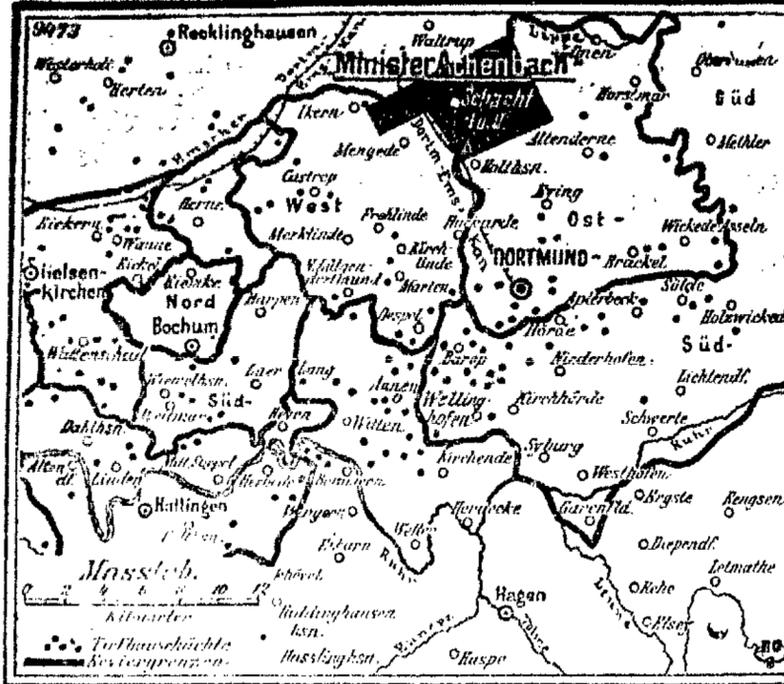
Sonnabend, den 7. Februar 1914
findet im Lokale des Herrn E. Treichel
in Schäferlei ein

Maskenball

statt, wozu Freunde und Gönner des Verbandes freund-
lichst eingeladen werden. Anfang 7 Uhr abends.

Der Vorstand. [642]

Gruben-Opfer.



Am Freitag Abend gegen 1/7 Uhr ereignete sich auf der Zeche Minister Achenbach bei Dortmund ein Grubenunglück, das in seiner Schwere der Katastrophe vom 8. Dezember 1912 nicht nachsteht. Es handelt sich um eine Explosion schlagender Wetter, die auf der Zeche zwischen der zweiten und dritten Sohle erfolgte. Bis 12 Uhr abends waren 22 Tote und 16 Schwerverletzte zutage gefördert. In der Grube befinden sich noch 65 Bergleute, über deren Schicksal noch nichts bekannt ist. Man befürchtet, daß die meisten von ihnen den Tod gefunden haben. Die Leichen sind zum Teil schrecklich verbrannt. Nach Ansicht der Sachverständigen handelt es sich bei dem Grubenunglück um eine Schlagwetter-Explosion, die mit furchtbare Gewalt große Streden zu Bruch gebracht hat. Die noch in der Grube eingeschlossenen Bergleute sind wahrscheinlich eingestürzt. Außerdem sind die Schachtwände eingestürzt, so daß die Leichen wahrscheinlich unter den Gesteinsmassen verschüttet und doppelt schwer zu erreichen sein werden.

Wer trägt die Schuld? Den Toten ist der Mund geschlossen, aber Lebende haben schon vor dem Unglück gesprochen. Wieder und wieder hat die Bergarbeiterzeitung und die sozialdemokratische Presse des Ruhrreviers nach ausgiebigerem Schluß auf dieser Zeche gerufen, die sie geradezu die Unglückszeche nannten. Werner und Wolf, zwei gemäßigtere Steiger, redeten und schrieben oft in diesem Sinne. Der fernstehende Nichtfachmann ist außer Stande, auch nur anzugeben, welche Fehler die Katastrophe verschuldet haben. Aber fordern muß man, daß endlich dem Verlangen der Bergarbeiter nach unabhängigen Sicherheitsinspektoren aus dem Arbeiterstande Rechnung getragen wird. Die „weiße Salbe“ der sogenannten Sicherheitsmänner nützt

nichts, sie ist höchstens ein bequemes Mittel, sich in unverantwortlicher Sicherheit zu wagen.

Den deutschen Arbeitern ist dieser Tage im Reichstag wieder erzählt worden, wie hoch gefüllt ihre Kompottschüssel sei. Will man nicht endlich schaffen, daß der Bergarbeiter sein hohes Brot in leidlicher Sicherheit gewinnt?!

Genosse Jochen verließ dann als Vorsitzender der Pressekommision, über die am 1. April erfolgende Umwandlung der Volkswacht zur Tageszeitung. Er legte dar, daß die Aufgabe und Wirksamkeit einer sozialdemokratischen Zeitung ganz andere seien, als bei der bürgerlichen Geschäftszeitung, deshalb müßten die Genossen mit ihrem Organ stets in enger Beziehung bleiben. Unermüdlich und ununterbrochen müßte daran gearbeitet werden, um der täglichen Volkswacht immer mehr Einfluß und Bedeutung zu sichern. In der folgenden Debatte wurde bemängelt, daß die drucktechnische Herstellung des Tagesblattes zunächst noch nicht in Danzig möglich sei. Schließlich waren aber alle Redner darin einig, daß die tägliche Zeitung auf jeden Fall ein wesentlicher Fortschritt sei und daß mit ganzer Kraft dahin gestrebt werden müsse, um die gesamte Herstellung möglichst bald in Danzig belagern zu können.

Nach Aufklärung einiger Mysterien, die Genosse Wollenhauer als Redner zur Sprache gebracht hatte, wurde dem Kassierer ein stimmig Bescheid erteilt. Genosse Lubner bemängelte, daß das Begräbnis des alten Dorowski nicht die wünschenswerte Beteiligung speziell von den Angehörigen gezeigt habe. Er wünschte, daß künftig stets eine Vertretung von mehreren Mitgliedern des Parteivorstandes anwesend sei. In Berücksichtigung der Tätigkeit D.'s beantragte er, daß das Grab auf Kosten der Partei belegt und mit einem einfachen Denkstein versehen werden solle. Nach eingehender Debatte wies Genosse Bartel nach, daß niemand der dazu in der Lage war, absichtlich die Ehre des alten Kämpfers unterlassen habe. Es habe sich hier ohne persönliches Verschulden um die zufällige Vertretung unglücklicher Umstände gehandelt. In Zukunft würde sich ähnliches nicht mehr wiederholen. Auf seinen Vorschlag änderte Lubner seinen Antrag so, daß er sich auf die Forderung der Schmückung des Grabes beschränkte. In dieser Form wurde er einstimmig dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Dann wurde Genosse Neu zum Kassierer, die Genossin Fröngel als Beisitzerin für die Parteileitung und die Genossin Neu und Genosse Jäpel in den Provinzvorstand gewählt.

Die Zeit war inzwischen schon soweit vorgeschritten, 10 1/2 Uhr abends, daß Genosse Behl mit Unterstützung des Referenten Bartel den Vorschlag machte, den Vortrag über Sabelherrschaft und Volksrechte zu versagen. Genosse Knauer wandte sich besonders deshalb gegen den Vorschlag, weil die Genossen vorwiegend wegen des Vortrages erschienen seien.

Die Versammelten beschlossen den Vortrag sofort zu hören. Und sie dürften den Beschluß nicht bedauern. Wir haben von Bartel schon manden inhaltsreichen und formenschnönen, von warmer Begeisterung getragenen Vortrag gehört. Diese Rede war aber nach Form und Inhalt unübertrefflich einer seiner besten Leistungen. Auf der Grundlage der Ereignisse von Sabern und dem, was ihnen folgte, zeigte Genosse Bartel, daß die Militärdiktatur, die befehlige Organisation der herrschenden Schichten, das ganze Volk der Diktatur des Säbels und Jochens mächte. Dieser Wille sei nicht nur als Antwort der Mächthaber auf die offizielle Besprechung der hundertjährigen Befreiung wertvoll. Auch das Protestat müsse aus dieser Erkenntnis lernen. Nicht die Dämpfung des Klassenkampfes, sondern allein die Betätigung der Arbeit, daß nur die Macht das Recht schaffe, könne zur Erlösung der Proletarier aus der kapitalistischen Knechtschaft führen. Beglückter Beifall dankte dem Redner als er mit der Aufforderung zur Verpflichtung auf Freilichtbühnen schloß:

Mich reut die Stunde
Die nicht Hamisch trug;
Mich reut der Tag
Der keine Wunden schlug;
Mich reut, ich lag es mit zerwürstetem Sinn,
Daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin!

Eine Debatte folgte nicht. Genosse Sellin forderte die Genossen auf, die Mahnungen der Rede in der roten Woche zur Tat zu machen und schloß dann die Versammlung.

Ein demaskierter Scharfmacher.

Stadtrat Dumont, der nicht gewählte sondern bloß amtlich bestellte Vertreter des Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse, war unlängst darüber ungehalten, weil wir behauptet hatten, daß er „auf eigene Faust“ vom Oberverwaltungsamt die allgemeine zwangsweise Hospitalisierung der Dienstboten gefordert habe. Er schickte uns eine Berichtigung, in der er noch in freier Überzeugung nicht nur formell bestritt, daß er diese Forderung aus sich heraus gestellt habe. Wir entnehmen aus seiner, gemeinschaftlich mit Stadtrat Dopp auf § 11 des Preußischen gestützten Erklärung, daß er auch keine Anregung nach der von uns behaupteten Richtung gegeben habe. Ein bloßer Streit um leere Worte konnte nach unserer Ansicht selbst nicht die Absicht des Stadtrats sein.

Run veröffentlichte Dumont in der Abendausgabe der liberalen Danziger Zeitung vom 21. Januar einen langen Artikel mit seiner Unterzeichnung mit der reichlich länglichen und eigenartigen Überschrift: „Krankenversicherungspflicht der Dienstboten und Befreiung von ihr.“ Darin spricht er von der im Abgeordnetenhause geforderten Absicht der Regierung, auch in den Städten neben den Ortskrankenkassen besondere „Landkrankenassen“ zu errichten, um darin die Dienstboten unterzubringen, damit die „herrschenden“ billigeren Beiträge zahlen können. Da eine engere Verbindung als die zwischen dem Direktor und dem herrschenden Vorsitzenden des hiesigen Oberverwaltungsamtes, Oberregierungsrat Behring, kaum existiert, so braucht man sich darüber nicht zu wundern, woher Dumont weiß, wozu die Regierung die Oberverwaltungsämter aufzulegen hat. Er behauptet nämlich, daß diese die Zweckmäßigkeit der Errichtung solcher kaiserlicher Landkrankenassen nachprüfen solle.

Dumont, der doch amtlich, nicht bloß wegen seines statutenmäßiges, die Interessen der Ortskrankenkasse zu vertreten verpflichtet sein sollte, ist kein Gegner dieser Strafkassen!

Er empfindet bloß loger ungewöhnlich — die Regierung wünscht es ja — mit folgender unglücklicher „Begründung“: „So unentzwecklich ein solches Zusammenfügen der Dienstboten für die Finanzen der Allgemeinen Ortskrankenkasse wäre, so wäre damit auf der anderen Seite den Interessen der Dienstboten sowohl wie der herrschenden und damit breiter Schichten des Mittelstandes in gewissem Umfange immerhin gedient, denn einmal würden, wie dies bei den Leuten im Abgeordnetenhause — auch seitens des Handelsministeriums — ganz richtig hervorgehoben ist, die Dienstboten in den Landkrankenassen dem sozialdemokratischen Einfluß und der damit untrennbar verbundenen Verhöhnung entzogen werden und dann sind die Landkrankenassen in der Lage, mit wesentlich niedrigeren Beiträgen auszukommen, als die Allgemeinen Ortskrankenkassen.“ So etwas mag ein links liberal nennender Stadtrat zu schreiben, der zur Zeit sich nicht darauf achtet, daß die politischen Differenzen nicht in die Versicherungsorgane hineingetragen werden. Über die Bornachtheit der Begründung, die solche reaktionären Redactionen, wie „Verhöhnung“, zum Besten gibt, gehen wir mit der gebührenden Rücksicht hinweg.

An das Versicherungsamt der Stadt Danzig müssen wir indes die dringende Anfrage richten: **Wie lange es noch die Verantwortung dafür tragen will, einen Mann mit solchen ungläublichen Anschauungen als Vertreter der Ortskrankenkasse wachen zu lassen?**

Wer so gegen die Interessen der ihm — leider — anvertrauten Kasse wirkt, der mußte sofort seines Amtes entbunden werden! Wenn es auch Dumont gleichgültig ist, daß zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter, deren Bestimmung er so unverantwortlich herabschätzt, sein Gehalt aufbringen müssen, so mußte doch das Versicherungsamt diesen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis unmöglich machen!

Aber Stadtrat Dumont, dessen sehr anpassungsfähige Rückständigkeit nicht von vielen Danzigern bestritten wird, plaudert noch viel mehr aus der Schule. Er mußte dem Ausschuß der Ortskrankenkasse zu, daß er — anscheinend, um die Landkrankenasse zu verhindern — schließlich doch der Zwangshospitalisierung zustimmen solle. Für den Fall der Weigerung droht D., daß die Satzung einfach durch das Oberverwaltungsamt in „richtigem geistlichen“ Sinne nach Paragraph 326 R.-V.-O. korrigiert werden würde! Das spricht er nicht nur als bloße Möglichkeit aus. Er brüht sich vielmehr damit, daß er ganz offen den preussischen Handelsminister durch einen Artikel im Preussischen Verwaltungsblatt zu diesem Vorgehen scharf gemacht habe! Auf diesen Auftrag hin soll der Minister bereits die Oberverwaltungsämter aufgefordert haben, sich auf Dumonts Standpunkt zu stellen!

Und der Mann, der sich so darum bemüht, daß die Dienstboten unter allen Umständen zwangsweise in die Krankenhäuser werden müssen, schickte uns nicht nur zur Behauptung des Gegenteils eine „Berichtigung“. **Er hat sogar schon gegen uns Strafantrag gestellt, weil wir diese „Berichtigung“ angeblich zu spät veröffentlicht haben sollen!!**

Die Sozialdemokratie hat es dem „liberalen“ Stadtrat aber so sehr angetan, daß er sich noch einmal an ihr reibt. Man lese diese Geistesblüten mit Genuß, von denen man wirklich nicht behaupten kann, daß sie an den Hoaren herbeigezogen sind:

„Sogar der Redner der — (dieser interessante Gedankenstrich stammt nicht etwa aus dem Westpreussischen Volksblatt; er steht tatsächlich in dem Artikel Dumonts! R. d. Volksw.) sozialdemokratischen Fraktion hat sich ihrer — der Krankenversicherungspflicht der Dienstboten — und der zum Teil getadelten Ortskrankenkassen angenommen und die Reichsversicherungsordnung gelobt, was um so bemerkenswerter ist, als bei der Verabschiedung des Gesetzes im Reichstage die Sozialdemokraten bekanntlich gegen die Reichsversicherungsordnung gestimmt haben. Letzteres verdient immer wieder betont und namentlich den Bevölkerungskreisen vor Augen geführt zu werden, denen gegenüber die Sozialdemokraten sich immer als ihre einzigen wahren Freunde auszusprechen pflegen.“

Sum! Sum! Wir beneiden den — Mut und die — Intelligenz, die zu dieser „furchtbaren“ Drohung notwendig waren, so ausdauernd, daß wir uns die erforderliche Antwort, zum Teil auch aus einem gewissen Mitleid, vorläufig noch schenken möchten.

Wir versprechen hiernach aber den schweren Kampf um ihr Recht, den unsere Genossen im Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu führen gezwungen sind, viel besser.

Die Generalversammlung des Bäcker- und Konditorenverbandes fand vor einigen Tagen im Lokale des Herrn Reimann am Fischmarkt statt. Aus dem erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß auch in dem abgelassenen Geschäftsjahre die Organisation ihre Pflicht als Vertreterin der Berufsangehörigen in jeder Weise getan hat. Die Bäckereinigung mit den bekannten Scharfmachern und den „gelben Anhänglern“ war durch die Wachsamkeit des Verbandes nicht in der Lage, reißlos die wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen niederzudrücken. Die Arbeitslosigkeit im Berufe, die von dem Unternehmertum planmäßig und systematisch gefördert wird, ist zu einer schrecklichen Plage der Bäcker geworden. Die unsichere Existenz der Kollegen ist in der Hauptsache der Zustand, der jede Kulturentwicklung innerhalb des Gewerbes hemmt. Nach der Ende Dezember 1913 veranstalteten Erhebung ist in Danzig jeder vierte Bäcker durch durchschnittlich 45 Tage im Jahre arbeitslos. Auch unsere Mitglieder sind schwer durch diese Zustände betroffen worden. Im Berufe bestehen fast durchweg unzeitgemäße, rückständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Kost- und Logiszwang bei dem Unternehmer bindet die Berufsangehörigen noch mehr an die Höflichkeitsverhältnisse und macht sie unfrei. Die erzielten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in mehreren Fällen auch die 1911 bewilligte Kost und Logis außer dem Hause, liegen sich in allen Fällen nicht aufrecht erhalten, weil

die Organisation am Orte nicht die dazu notwendige Stärke hatte und ihr in der Arbeiterschaft der Rückhalt und die gewünschte Unterstützung fehlte. Im allgemeinen ist ein kleiner Fortschritt zu konstatieren. Die Einnahme und Ausgabe betrug im Geschäftsjahre 3318,94 Mark. In Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung wurden 532,75 Mark und aus der Lokalkasse 51 Mark an die Mitglieder gezahlt. Außer der regelmäßigen Mitgliederversammlung wurden 7 öffentliche Versammlungen zur Belebung der Organisation veranstaltet. Eine der öffentlichen Versammlungen, die sich mit der Befreiung der siebenstägigen Arbeitswoche, respektive Eindämmung der Sonntagsarbeit beschäftigte, wurde für politisch erklärt. Das Landgericht in Danzig bestätigte in der Berufungsinstanz diese eigenartige Auslegung des Vereinsrechtes, den Genossen Brng zu 15 Mark Strafe und Tragung der Kosten verurteilend. Die unzeitigen Arbeitsverhältnisse bedingen fortwährend Klagen beim Amts- und Gewerbeamt. Die meisten angstgeprägten Prozesse verlaufen resultatlos, weil ein bindender Tarifvertrag im Gewerbe, der die Rechte der Bäcker festsetzt, nicht vorhanden ist. Unter den Bäckermeistern besteht die alte gehobene Praxis, daß, wenn ein Arbeiter nach 12 Stunden regulärer Arbeitszeit für Ueberstunden bezahlt verlangt, er kurzerhand auf das Straßengpflaster gesetzt wird. In einem uns kürzlich bekannten Falle wurde ein Kollege, als er sein Recht verlangte, von zwei Bäckermeistern mit einer Eisenstange hinter rüds überfallen und mißhandelt. Gegen diese grenzenlose Rohheit ist die Organisation eingetreten.

Eine von dem Verband an die Danziger Bäckermeister gestellte Umfrage, wie sie sich zur Anerkennung des Koalitionsrechtes stellten, wurde im Geschäftsjahre eingeleitet. Von den 154 an die Bäckermeister versandten Zirkularen und Fragebogen sind nur 10 beantwortet worden. Für die Bäckerstellen, sowie die allgemeine Arbeiterbewegung ist durch die Stellung der Unternehmer erwiesen worden, daß sie durchweg verbissene Gegner des Koalitionsrechtes sind.

Es wird noch reichlich Mühe und Arbeit kosten, in diesem rückständigen Beruf geordnete und geregelte Verhältnisse zu schaffen; allein es geht vorwärts. Die Mitgliederzahl ist um 63, also auf 212, gestiegen. Diese Zahl der Kollegen hat der Klassencharakter der brutalen Unternehmer erkannt und bildet mit ein Glied in den Reihen des um Freiheit und Recht kämpfenden Proletariats.

Nach Erledigung der Wahlen und anderer Gegenstände der Tagesordnung wurde die Versammlung in einem mütigen Sinne, alles zur Hebung und Festigung des Zentrumsverbandes in dem neuen Jahre zu tun, geschlossen.

Planischwiesen. Diese sehr beliebten Tummelplätze der spielenden Jugend sind in Danzig ganz unbekannt. Welche große Anziehungskraft das Wasser auf die Jugend ausübt, wissen wir aus den nicht immer ungefährlichen Erfahrungen unserer eigenen Kinderzeit. Es lehren uns auch die Beobachtungen an den Becken der öffentlichen Springbrunnen und an den Ufern der Flußläufe, wo die Kinder stets großer Gefahr ausgesetzt sind.

In anderen Städten, so zum Beispiel in Berlin, hat man deshalb schon längst für die Kleinen ganz flache Wasserbecken in Wiesen angelegt, in denen sie sich nachherzenslust tummeln und ohne Gefahr auch selbst überlassen bleiben können. Dort können sie Schiffsahrt treiben und sind auch gesundheitlich geschützt, weil schädliche Staubentwicklung unmöglich ist. Diese Planischwiesen haben überall den Beifall der Erzieher und der Freunde fröhlichen Kindertreibens gefunden. Die Kosten für ihre Herstellung und Unterhaltung sind nicht groß.

Die Stadt Graudenz will den Kindern ihrer Bürger diese große Freude für die kommende bessere Jahreszeit bereiten. In Danzig werden nur unabhässig tausende von Mark für den standesgemäßen Sport fortgeworfen. Dabei ließen sich hier im Steffenspark, in dem neuen Park auf Langgarten, im Lippagenpark und an anderen Stellen Planischwiesen ohne Schwierigkeiten einrichten. Der städtische Dezernent für Sport und Spiel, Stadtrat Dr. Deichen, sollte sich in dieser Hinsicht durch das verständliche Vorgehen seiner Vaterstadt beeinflussen lassen. Schließlich ist es doch immer noch der Mühe wert, wenn er sich einmal weniger mit dem Wohl der „eblen Pferde“ und dafür etwas mehr mit dem der Arbeiterkinder beschäftigt.

Lieber die Rückständigkeit, die im kindlichen Spiel nur ungenügen Zeitvertreib sieht, ist man in der Stadtverwaltung hoffentlich schon hinausgekommen. Die Arbeit hat ihre Reime im Spiel und durchaus zureichend ist deshalb die vortreffliche und kluge Mahnung, die die letzte Berliner Städtebau-Ausstellung zierte: „Der Knabe ohne Spielplatz ist der Vater des Mannes ohne Arbeit!“

Eine sehr wichtige Belanngmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse über die Gewährung von Familienjedes befindet sich im Inferatentel des Hauptblattes. Das Interesse jedes Lesers verlangt, daß er diese Belanngmachung nicht überseht.

nicht gehandelt, als er unter Androhung von Gewalt das laum der Schule entwichene 14-jährige Mädchen verführte. Sein Beginnen war um so frevelhafter, als er in jener Zeit auch nicht unbedenklich erkrankt war und so die Gefahr bestand, das Mädchen nicht nur moralisch, sondern auch körperlich schwer zu schädigen.

Aber der Zaberer Anzeiger entwirft noch mehr „militärische Charakterbilder“ und scheint seiner Sache sicher zu sein. Er fragt jetzt, weshalb man ihn nicht verklagt, da er doch in seiner Nummer 144 behauptet habe, daß Leutnant von Forstner ein junges Mädchen nach der Wache bringen ließ und dort längere Zeit eingesperrt hielt; ferner, da er in seiner Nummer 5 berichtet, daß ersten Leutnant Schadt in einer öffentlichen Wirtschaft „Vive la France“ gerufen habe, und zweitens zur Charakterisierung seiner Stellung zu den Offizieren und zur Bewertung seiner Zeugenaussage über Hauptmann Uhde, jetzt Major, daß er in einem öffentlichen Lokal vor einem größeren Publikum, weil er anwesende Zivilisten „Wades“ tituliert, von diesen geohrfeigt worden sei und sich im Verlauf dieses Vorfalls wenig gentlemanlike benommen habe.

Wenn dieses alles wahr ist — und der Zaberer Anzeiger will Punkt für Punkt beweisen — dann erstrahlt der Militarismus von Zabern in noch hellerem Licht.

Unsere Kolonien.

Bolffs Telegraphenbureau bringt einen Auszug aus der Deutschrift der deutschen Kolonialverwaltung über die deutschen Schutzgebiete Afrikas und der Südsee für das Jahr 1912/13, die demnächst im Verlage von Mittler & Sohn in Buchhandel erscheinen wird. Die Schrift trägt wie gewöhnlich das Streben, die Zustände in unseren Kolonien in möglichst rosigen Farben darzustellen. Immerhin kann sie einige kritische Dinge nicht mit Still-schweigen übergehen. So muß sie bei der Besprechung der gesundheitlichen Zustände in Kamerun zugeben, daß die große Verbreitung der Schlafkrankheit der Bevölkerung nach schwere Sorge macht; ihre erfolgreiche Bekämpfung wird noch längere Zeit und große Energie erfordern.

Der wundeste Punkt der deutschen Kolonialpolitik ist die Arbeiterfrage. Die Kolonialverwaltung berichtet darüber:

Mehr und mehr zeigt sich, daß jetzt nach dem Ausbau wichtiger Eisenbahnstrecken die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Schutzgebiete in erster Linie von der Arbeiterfrage abhängt. In Deutsch-Südwestafrika litt sowohl die Landwirtschaft wie der Bergbau unter dem zeitweise geringeren Zutritt von Quamarbeitern. Dies wäre an sich weniger bedauerlich, wenn nicht damit gerechnet werden müßte, daß dieser Mangel immer wieder hervortritt und sich noch verschärft. In Kamerun, wo große Nachfrage nach Arbeitern war und wo für die Regelung der Arbeiterverwaltung sowie für Arbeiterfürsorge manches geschah, machte sich gleichfalls zeitweise ein empfindlicher Mangel an Arbeitern geltend. In Deutsch-Ostafrika waren die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen befriedigend, was nicht in letzter Linie der kontrollierenden Tätigkeit der Distriktskommissare zuzuschreiben ist. Freilich muß der immer größere Bedarf an Arbeitern aus immer weiter entfernteren Gebieten gedeckt werden. In Deutsch-Nigeria müßte die Zahl der jetzt dort tätigen Arbeiter verdoppelt werden, wenn nur die bestehenden Unternehmungen ihre Produktionsverpflichtungen für die aufgenommenen Händler einhalten wollten. Zum Abbau der Phosphat-lager mußten chinesische Arbeiter herangezogen werden. In Samoa trat bei den öffentlichen Arbeiten ein Arbeitermangel ein.

Nochgedrungen muß die Deutschrift auch zugeben, daß der Anteil Deutschlands am Gesamtmarkt der Schutzgebiete in allen Kolonien zurückgegangen ist. Er betrug für alle Schutzgebiete 68,01 Prozent im Jahre 1911, im Jahre 1912 dagegen nur 65,77 Prozent.

Es muß also amtlich, wenn auch stark verklausuliert zugegeben werden, daß gerade auf den wichtigsten Gebieten der Kolonialpolitik keine Erfolge und Fortschritte erzielt worden sind.

Gummiknüppel statt Wahlrecht!

Zur Eröffnung des braunschweigischen Landtages veranstalteten die Braunschweiger Arbeiter ein machtvolle Wahlrechtsdemonstration. Die Parteiorganisation hatte die Arbeiter gleich im Anschluß an den Schluß der Arbeitszeit, zu nachmittags 5 Uhr, zu fünf Volksversammlungen zusammenberufen, in denen die Rechtlosigkeit des braunschweigischen Volkes besprochen wurde. Alle Versammlungen sahen eine Resolution, in der gegen diese Rechtlosigkeit protestiert und das freie gleiche Wahlrecht zum Landtage gefordert wird. Da es sich herumgesprochen hatte, daß die Landtagsabgeordneten im Schloffe beim Herzog seien, sammelte sich gegen 6 Uhr abends eine große Menschenmenge vor dem Schloffe und brachte dort brausende Hochs auf das gleiche Wahlrecht aus. Auch wurde die Markeilaffe gehungen. Die gesamte Tag- und Nachtpolizei war zusammengezogen, bewaffnet mit Gummiknüppeln, Revolvern und Säbeln und ging dann auch bald von verschiedenen Seiten zum Angriff vor. Unbarmherzig wurde mit den Gummiknüppeln drauflosgehungen, so daß es zahlreiche Verwundete gab. Die berittene Polizei ist rücksichtslos auf dem Bürgersteige entlang und verwundete gleichfalls mehrere Personen. Auch die bürgerlichen Straßenpassanten, die sich um diese Zeit besonders viel auf dem in der Nähe des Schlosses befindlichen Steinwege, Bohlwege, der Dankwardstraße und dem Ruhfäutchenplate befanden, erhielten Hiebe und wurden niedergedrückt. Die Polizei holte die Leute selbst aus den Hausfluren heraus und schlug auf sie ein, wobei sich besonders die Nachtwächter (Nachtschulente) hervortaten. Die Menschenmenge zog schließlich vor das Landtagsgebäude und brachte dort Hochs auf das freie Wahlrecht aus. Sie wurde durch die Gummiknüppel der Polizei durchaus nicht entmutigt. Aber im Bürgerthum machte sich steigende Entrüstung gegen die Polizei wegen ihres Vorgehens gegen die Arbeiter bemerkbar. Selbst ein amtierender Geistlicher wandte sich in einer von ihm einberufenen Versammlung scharf dagegen, daß die Polizei die Arbeiter bei ihren Versammlungen mit ihren Revolvern und Straßenabsperrungen immer provozierte, was nur haßerweckend wirke. Der Wahlrechts-

gedanke wird in Braunschweig trotz Polizeirevolver, Säbel und Gummiknüppel nicht zur Ruhe kommen. Im Geantteil, je schroffer die Polizei die Arbeiterschaft mißhandelt, um so besser marschieren die Wahlrechtsbewegung.

Herr von Brochem.

Der Generalleutnant von Brochem, der sich auf dem berühmtesten Preußentage ganz besonders mit seinen Beleidigungen gegen den Reichstag auszeichnete, hat schon einmal die Öffentlichkeit beschäftigt. Und zwar vor zwanzig Jahren, als er in Deutsch-Ostafrika als Stellvertreter des Gouverneurs tätig war. Herr von Brochem beglückte damals die Zivilbevölkerung von Dar-es-Salaam und dem übrigen Schutzgebiet außer mit dem „Hunde“ auch mit dem sogenannten „Gruß-Erlaß“, der in seiner ganzen Fassung Aufsehen erregte und Anlaß zu diplomatischem Einschreiten ergab. Dieser „Gruß-Erlaß“ lautete dahin, daß alle Farbigen, wie Negere, Araber, sordann Griechen und Italiener, dem Herrn von Brochem in den Straßen bei Begegnung einen Gruß zu erwelken hätten, Leute, die auf Veranden der Häuser saßen, hätten vor ihm aufzustehen. Italiener und Griechenland beschwerten sich in Berlin, und bei dieser Gelegenheit wurde der Verfasser des Erlasses zum Bericht aufgefordert.

Es wird dann weiter mitgeteilt, daß Herr von Brochem nachträglich sein Manuskript geändert und berichtet habe, daß die Folgen der Verfügunq dann dem Bezirksamtmanu zuzuschreiben seien, da er diesem keinen Befehl, sondern nur Direktive zur Veröffentlichung habe zugehen lassen. Die vier Dezerenten hätten darauf erklärt, mit ihm nicht mehr zusammenarbeiten zu wollen.

Herr von Brochem befand sich dann zwar bald wieder auf der Heimreise, seine militärische Laufbahn hat aber durch den bezeichneten Vorfall seinen Schaden gelitten.

Eine Arbeitslosen-demonstration. Am Freitag Nachmittags wurden in Düsseldorf zwei stark besuchte Arbeitslosenversammlungen abgehalten. Nach Schluß der Versammlung zogen mehr als tausend Arbeitslose durch die Stadt. Die Polizei versuchte mit einem starken Aufgebot an Berittenen und Fußmainschaften an jeder Straßeneckung den Zug zu sprengen. Die Demonstranten fanden sich aber immer wieder zusammen und führten ihre Demonstration bis gegen Dunkelwerden aus.

Ausland.

Rußland.

Von den Zarenshergen geholt. In Riga und Umgebung wurden auf Anordnung der politischen Polizei wieder zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Man hat „ganze Stöße revolutionärer Flugschriften“ und auch „Protokolle über geheime Zusammenkünfte“ politischen Charakters beschlagnahmt. Viele „Verdächtige“ wurden verhaftet.

Vom Balkan.

Ein türkisch-bulgarisches Bündnis? Die ersten Mitteilungen über ein türkisch-bulgarisches Offensiv- und Defensiv-Bündnis begegneten zuerst wenig Glauben. Jetzt will man jedoch genauere Nachrichten über diesen Vertrag in Händen haben. Man nennt den 12. Januar als das Datum der Vertragsunterzeichnung. In dem Vertrage soll eine Klausel sich befinden, derzufolge Bulgarien der Türkei ganz Thrazien abtritt, wogegen Bulgarien die gesamten Gebiete Mazedonien erhält, die Griechenland und Serbien zugesprochen sind, mit Ausnahme von Schrida, Dibra, Prizrend und Pristina. Sämtliche von Albanern bewohnten Gebiete sollen dagegen Albanien zufallen.

Der Daily Telegraph bestätigt in einer Athener Depesche die Tatsache eines geheimen Abkommens zwischen der Türkei und Bulgarien. Weiterhin meldet das Blatt, daß in Athen bemühende Nachrichten aus Castoreito eingetroffen sind. Die Türken haben auf dem, dieser Insel gegenüberliegenden Küstenstrecke starke Truppenmassen zusammengezogen. Diese türkischen Soldaten haben angeblich in einer Anzahl Dörfer mit griechischer Bevölkerung unerbörte Grausamkeiten begangen.

Britisch-Südafrika.

Die Gewalttherrschaft in Südafrika. Aus London wird geschrieben: Mit beispielloser Brutalität hat die Regierung der englischen Kolonie Südafrika den Streik der Eisenbahner und den Generalstreik unterdrückt. Alle Gefängnisse sind überfüllt und die Kriegesgerichte — der Belagerungsstoff ist immer noch nicht aufgehoben — entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um dem Lande Ruhe — die Ruhe des Friedhofes — zu verschaffen. Ihrem jedem Befehl hohnsprechendem Vorgehen hat die Regierung durch die zwangsweise und im geheimen durchgeführte Deportation von zehn der bekanntesten Arbeiterführer die Krone aufgesetzt. Ein Mitglied der Arbeiterpartei im südafrikanischen Parlamente, das ebenfalls vom Kriegesgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, weil er Streikende zum Ausharren im Streik aufgefordert haben sollte (!), mußte aber bald wieder freigelassen werden. In der Nacht vor seiner Entlassung hatte er bemerkt, daß mehrere Genossen weggeschafft wurden. Da er deren Deportation befürchtete, wandte er sich sofort an das oberste Gericht, um gegen ein solches ungeschickliches Verfahren der Regierung einen Einhaltsbefehl zu erwirken. Seine Angaben genügten dem Richter zu einem solchen Schritt aber nicht. Die Verhandlung wurde daher auf den nächsten Tag vertagt und Polizeibeamte als Zeuge geladen. Diese gaben die Deportation zu und erklärten, daß die zehn Arbeiterführer schon außerhalb des Machtbereichs des Landes seien. Darauf erklärte das Gericht, nichts mehr tun zu können, doch würde es den erbetenen Einhaltsbefehl am vorangegangenen Tage gegeben haben, wenn es im Besitze des Informationsmaterials gewesen wäre. Allerdings könne auch das Gericht die Regierung nicht hindern, mit Gewalt ungeschickliche Handlungen zu begehen.

Der Fall der zehn deportierten Arbeiterführer, die jetzt an Bord eines von der Regierung eigens dafür gecharterten Dampfers auf dem Wege nach England sich befinden, dürfte zunächst im Südafrikanischen wie auch im englischen Parlamente Anlaß zu den beständigen Zusammenstößen zwischen Arbeiterpartei und Regierung geben. Der soeben tagende englische Parliamt tag hat eine englische Protestresolution gegen die Unterdrückung des Koalitionsrechts in Südafrika angenommen und eine sofortige Unterfuchung der dortigen Vorfälle verlangt.

Kleine politische Nachrichten.

Sechszigmal überzeichnet ist der zur öffentlichen Zeichnung aufgelegte neue preussische Staatspump von 350 Millionen Mark. — Hier also Massenanhäufung von Kapital, auf der anderen Seite krasses Elend; das ist „göttliche Weltordnung“!

Die Nachwahl im 14. jächstigen Reichstagswahlkreise ist auf den 17. März angesetzt. Hier hat eine Nachwahl für den bisherigen Abgeordneten, den Reichsverbandler Liebert, stattzufinden, der sein Mandat niederlegte.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Hirsch-Dunderfcher Kagenjammer.

Bei der Vorstandswahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse haben sich die liberalen Hirsch-Dunderfcher unsagbar kläglich benommen. Um die freien Gewerkschaften um ihren Sieg zu betrügen, krochen sie charakterlos vor den Zentrumsfischen zu Kreuze. Ihr einziger Ausschuhvortreter, H o p p, stimmte — nach sehr interessanten Verhandlungen hinter den Kulissen — für die Schwarzen und sorgte so dafür, daß die freien Gewerkschaften nicht fünf, sondern nur vier Vertreter im Vorlande erhielten.

Diese selbe Selbstmördertaktik haben ihm die Schwarzen nun bei den Wahlen für die Krankenkasse und den Arbeiterausschuh der Kaiserlichen Werft gründlich abgestraft. Mit geradezu verbüßendem Raffinement haben die Zentrumsfischen die vertrauensfertigen Hirsche über den Köffel barbiert. Wie sie geleimt wurden und wie hebbemühtig sie sich aus dieser Affäre zogen, erzählten die braven Hirsche selbst sehr ergötlich in einem Jammerbülletten, das sie am 31. Januar morgens an der Kaiserlichen Werft verteilen ließen. Dieses Dokument zentrumsfischlicher Hintertlist ist so wertvoll, daß wir es im Wortlaut wiedergeben:

„Ein Wort zur Aufklärung an die Arbeiter der Kaiserlichen Werft zu Danzig.“

Werte Kollegen!

Am 31. Januar findet, wie Ihnen bekannt sein dürfte, die Wahl des Arbeiterausschusses nach dem Verhältniswahlssystem statt.

Es sind zu dieser Wahl von den Arbeitern 3 verschiedene Vorschlagslisten eingereicht worden, und zwar Liste 1 von den christlichen Gewerkschaften, Liste 2 von den freien Gewerkschaften und Liste 3 von den deutschen Gewerksvereinen. Letztere haben es sich zur Aufgabe gemacht, auch die Unorganisierten an der Vertretung der Arbeiterinteressen teilnehmen zu lassen.

Durch ein Mißverständnis unseres Listenvertreters und durch eine feine Taktik der Christlichen, die wir nicht gerade als christlich ansehen können, ist nun eine Verbindung der Listen Nr. 1 und Nr. 3 erfolgt.

Dies billigen diejenigen, die sich zur Liste 3 erklärt haben, nicht.

Der Grund hierfür ist kurz folgender: Abgesehen davon, daß bei solch einer Verbindung die allein stehende Gruppe den größten Vorteil haben kann, war eine solche Verbindung auf der ganzen Linie, d. h. aller drei Listen zur Vorstandswahl der Krankenkasse geplant.

Am Samstag, den 17. Januar, vormittags 11:15 Uhr erklärte ein Vertreter der christlichen Liste, Herr K.: „Man würde schon damit einverstanden sein, wenn nur Liste 1 wollte.“ Nachdem nun unser Listenvertreter R. in dem guten Glauben war, einen allgemeinen Frieden herbeizuführen, nachdem am 17. Januar mittags die Christlichen ihre Unterschrift gegeben hatten.

Am 12. Uhr desselben Tages erklärte derselbe Herr K. den Christlichen: „Ein Zusammengehen bei der Vorstandswahl kann nicht erfolgen.“ Ein Zurücktreten von der eingegangenen Verbindung war nicht mehr möglich, da dieselbe im letzten Augenblick erfolgt.

Wir überlassen es allen Werftarbeitern, diese von Herrn K. angewandte Taktik selbst zu beurteilen.

Eine Versammlung der Wähler der Liste 3 am 24. d. Mts. hat einstimmig beschlossen, sich der Stimme zu enthalten. Kollegen! Unsere Parole muß am Wahltag, dem 31. Januar, lauten:

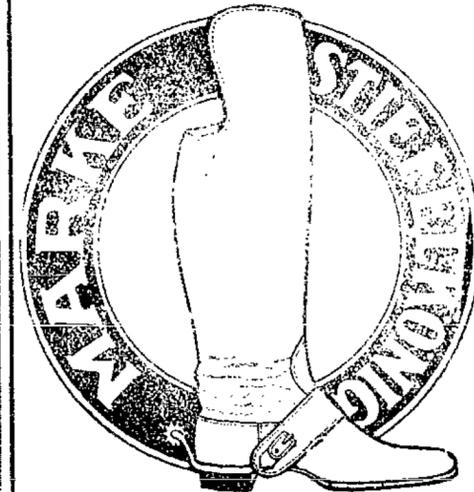
Ein jeder, der gewillt war, für Liste Nr. 3 seine Stimme abzugeben, werfe nunmehr einen unbeschriebenen Stimmzettel in die Wahlurne.

Haben wir lange Jahre hindurch keine Vertretung im Arbeiterausschuh gehabt, so darf es uns der Ehre wegen nicht darauf entkommen, auch in den kommenden 2 Jahren ohne Vertretung zu sein.

Verlag: M. Kozka.

Druck von Paul Springer, Danzig, Frauenasse 19.“

hoffentlich zieht diese Aktion endlich bei den Hirsch-Dunderfcher, der sogar trotz schriftlicher Verpflichtung, schon nach knapp 2 Stunden begangene Wortbruch der Zentrumsfischen ist eine wohlverdiene Quittung für die freisinnigen Sklavendienen der Ortskrankenkasse. Daß die Hirsch-Dunderfcher sich dagegen zur Wahrung ihrer Ehre nur zu der Heidentat der Ablehnung ihrer eigenen Liste durch die Stimmenthaltung aufschwingen konnten, würde nur erheitend wirken, wenn es leider nicht viel zu sehr liberal wäre.



Inventur-Ausverkauf

vom 1. bis 15. Februar.

Während unseres diesjährigen Inventur-Ausverkaufs bietet sich eine günstige Gelegenheit wirkliche Qualitäts-Schuhwaren billig zu kaufen. Unsere bekannten guten Qualitäten haben wir, um unser Lager zu reduzieren, im Preise bedeutend ermäßigt, einige Artikel bis zu 50 Prozent.

Stiefelkönig

G. m. Breitgasse
b. H. Nr. 120.



Was gibt's diese Woche bei Spitzer

Was bietet diese Woche

Spitzers großer Februar-Verkauf?

Er bietet Gewähr für enorm billigen Einkauf und bedingt damit die unbestrittene Leistungsfähigkeit!

Spitzers Februar-Verkauf

kann keine Damen-Konfektion mehrjähriger Bestände aufweisen, da dies das erste Geschäftsjahr ist, mithin hat das Publikum die Garantie, daß nur neueste Konfektion in bewährten Qualitäten, fesschen und flotten Formen zu fabelhaft billigen Preisen zum Verkauf gelangt.

Spitzers Februar-Verkauf

der heute beginnt, bringt eine Fülle von spottbilligen Gelegenheitskäufen in eleganter Damenbekleidung und rechtfertigt damit das seit Geschäftseröffnung bedingte und bei der Damenwelt anerkannte Bestreben, die jeweiligen und hervorragenden

Einkaufsvorteile

allen Kreisen

zugute kommen zu lassen.

Änderungen werden in eigenen Werkstätten tadellos und zum Selbstkostenpreise ausgeführt.

Josef Spitzer

Modebazar für Gelegenheitskäufe eleganter Damen-Bekleidung Danzig nur Langgasse 2, 1. Etage.

Bekannt gute Qualitäten Aparte flotte Formen!

- Felche Kostüme von 11-40. #
- Mäntel von 8-27. #
- Kleider von 12-40. #
- Blusen v. 2.50-10. #
- Ulster von 6-18. #
- Balkleider von 8-27. #
- Röcke v. 2.50-14. #
- Backofenkostüme v. 11-22. #
- Tanzkleider v. 8-20. #

zu Spottpreisen

Nur 1. Etage!

(am Tor).

640]

Schuhputz NIGIR färbt nicht ab



Kanarienvogel echt Stamm Seifert, Tag- u. Lichtsänger, zu jedem angenehmen Preis zu verk.

626] Am Stein Nr. 18, Türe 1.

Junge Leute finden gutes Logis Schüsselbamm 15, 1 links.

Wäsche wird sauber in und außer dem Hause ausgebleicht. Hohe Seigen 22, 2 l.

Vorwärts Bibliothek Jeder gut gebundene Band 1 Mk.

Das Land der Zukunft. Reisebeschreibung für die reifere Arbeiterjugend von Leo Kolisch Mit Einleitung von P. Böhre.

Böhre schreibt in seiner Einleitung unter anderem: ... Da ist keine Seite, die langweilig zu lesen wäre. Von Anfang an packt er uns, von Seite zu Seite wird er interessanter. Immer lebendiger steigern sich die Erlebnisse, immer hingereifter hören wir ihm zu. Kein überflüssiges Wort; kurz, schneidend, packend, klar steht alles vor uns. So geht denn dieses eigenartige Büchlein seinen Weg zu unserer heranreifenden deutschen Proletarierjugend. Wenn aber ein Alter es in seine Hände bekommen und durchblättern wird, so wird auch er wieder jung werden beim Lesen und von seinem Inhalt nicht weniger gefesselt und hingereißt sein, wie ein Junger."

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht Danzig, Paradiesgasse 32.

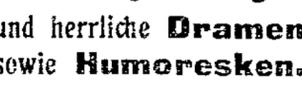


Central-Theater Elbing, nur Brückstr. 15.

Neues Programm! Darunter ein Hauptschlager und herrliche Dramen sowie Humoresken.

Jedes Bild ein Schlager!

Die Direktion.



Allgemeine Ortskrankenkasse in Danzig.

Familienhilfe. Die Kasse gewährt nach § 30 der Satzung an die versicherungsfreien Ehegatten und die versicherungsfreien eigene Kinder des versicherten Ehegatten unter 15 Jahren, soweit diese Familienmitglieder in seinem Haushalt leben, Familienhilfe, die in freier ärztlicher Behandlung und in einem Zuschuß zu den Arzneimitteln in Höhe von 1/2 der Kosten für höchstens 8 Wochen, sowie in einem Sterbegeld besteht. Zur Durchführung dieser Familienhilfe wird von dem versicherten Ehegatten ein Beitrag von Mk. 0,15 wöchentlich erhoben. Die Meldungen des versicherungsfreien Ehegatten und der versicherungsfreien Kinder unter 15 Jahren sind bis spätestens den 5. Februar 1914 zu bewirken. Die Einzahlungstage für die Beiträge und die Annahmestellen für die Zahlungen werden noch besonders bekannt gemacht werden. Die Meldeformulare, die sachungsgemäß ausschließlich zu den Meldungen zu verwenden sind, sind unentgeltlich zu entnehmen und zwar: In Danzig: Im Geschäftshaus der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Jopengasse 52; in der Papier- und Zeichenwarenhandlung von Wilhelm Hoffmann, Gr. Berbergasse 3; in der Danziger Verkehrszentrale, Stadtgraben 5 p., während der Geschäftsstunden. In Langfuhr: Bei Herrn Bezirksvorsteher Kopisch, Eichenborffweg 2, Ecke Mühlenweg. In Neufahrwasser: Bei Herrn Bezirksvorsteher Zielke, Hafenstr. 5. In Schidltz: Bei Herrn Bezirksvorsteher Ciepietewski, Karthäuserstraße 106. Der Vorstand.

Langfuhrer Männergesangverein von 1891. Am Sonnabend, den 7. Februar, feiert der Verein in den Räumen des „Eschenhof“, Eschenweg Nr. 6, seinen Maskenball. Hierzu ladet freundlichst ein Anfang 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Ein Sieg der deutschen Industrie! LUPA Cigaretten 2 Pfg. das Stück. Oriental Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden. Inh. Hugo Zietz Hoflieferant, Königs v. Sachsen. Trusdfrei!

Patent-Reform-Gebiß. Haltbarer Zahnersatz ohne jede Platte. Viele Dankschreiben von meinen Patienten über -merzloses Zahnziehen. Zahnzahnen in Ordnung. Mewald's Institut für Zahnleidende. Pfefferstadt 71.

Zähne 1.00 Mk bis 1.80 Mk ohne Extraberechnung der roten Kautschukplatte u. 10jähriger Garantie für Haltbarkeit. Als Zähne a 1.80 Mark liefere ich solche, welche verschiedentl. mit 3-4 Mk. u. mehr bezahlt werden müssen. Plomben billigst. Reparaturen an 1 Mk. Umarbeitung nicht passender Gebisse schnellstens und billigst. Nervtöten 1 Mk. Bei Bestellungen künstlicher Zähne Zahnziehen kostenlos. Mewald's Pfefferstadt 71.

Arbeiter! Parteigenossen! Agitiert für eure Volkswacht!

Alkoholfreie Getränke. Fabrik für alkoholfreie Getränke von E. Ehler Nachfolger Schidlitz. Sin alko Albert Kraft. Chr. Sutz, Ohra. Bäckereien. Danziger Brotfabrik. Bäckerei Kögler.

Damenputz u. Modewaren. M. Laube, Ohra. Destillation, Liköre. F. Berner. Kolonialwaren. Oscar Schützmann. Fahrräder, Nähmaschinen. Carl Sielaff, Ohra. Herren-Artikel. Hut-Haus London. Herren-Garderoben. Konfektionshaus für Arbeitergarderoben. J. Kuhn.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen. Arbeiterbekleidung. S. Lazarus. Goldene 14. Kaufhäuser. Sally Bieber. Kohlen, Holz, Briketts. Danziger Brotfabrik.

Kolonial- u. Materialwaren. A. Hagedorn. G. E. Schimmelmann. Literatur. Centralbibliothek zu Danzig.

Möbelmagazine. Das Möbel-Magazin von Fr. Lisinski, Langfuhr. Restaurants. Maurerherberge. Schnupftabak-Fabriken. Julius Gosda. Schuhwaren. August Wilke. L. Michaelis.

Transportgeschäfte. Roll-Fahren. Uhren und Goldwaren. U.S. Lewy Nchil. Zigarrengeschäfte. Organisierte Arbeiter kaufen bei Eugen Sellin. Tabak, Zigarren, Zigaretten. A. Krause. Partei- u. Gewerkschaftsliteratur. Buchhandlung Volkswacht.